

Wuppertal Institut
für Klima, Umwelt, Energie
GmbH

Braucht die internationale Klimapolitik einen Paradigmenwechsel?

**Dokumentation der Podiumsdiskussion über Wege zu einem
ambitionierten 2015er Klima-Abkommen**

2. Oktober 2013, Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften, Berlin

Text / Kontakt

Wolfgang Sterk

Email: wolfgang.sterk@wupperinst.org

Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie

Döppersberg 19 • 42103 Wuppertal

<http://wupperinst.org>

November 2013

Hintergrund

Das Wuppertal Institut organisierte am 2. Oktober 2013 in Berlin die Podiumsdiskussion: *Braucht die internationale Klimapolitik einen Paradigmenwechsel? – Wege zu einem ambitionierten 2015er Klima-Abkommen.*

Hintergrund der Veranstaltung war, dass die internationale Staatengemeinschaft bis 2015 ein neues umfassendes Klima-Abkommen aushandeln will, an dem sich alle Staaten beteiligen sollen. Allerdings hat die internationale Klimapolitik bisher bestenfalls mäßige Erfolge erzielt im Vergleich zu dem, was erforderlich wäre, um einen gefährlichen Klimawandel abzuwenden. Die Veranstaltung sollte daher diskutieren, was die Gründe für die bisherige Erfolglosigkeit waren und welche Lektionen daraus für die Verhandlungen zum 2015er Abkommen geschlossen werden sollten.

Es diskutierten:

- Prof. Dr. Manfred Fischedick, Wuppertal Institut
- Wolfgang Sterk, Wuppertal Institut
- Christoph Bals, Germanwatch
- Jörg Haas, European Climate Foundation
- Ilka Wagner, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Im Folgenden werden die zentralen Aussagen der Vorträge sowie die anschließende Diskussion mit dem Publikum zusammengefasst.

Vortrag Manfred Fishedick

Manfred Fishedick führte einleitend aus, dass die Hintergründe für die geringen Fortschritte der internationalen Klimapolitik vielfältig seien, insbesondere trage aber die vielfach verbreitete Hypothese eines Gegensatzes von wirtschaftlicher Entwicklung und Klimaschutz zum Stillstand bei. Zahlreiche Stellungnahmen von Staats- und Regierungschefs und anderen EntscheidungsträgerInnen assoziierten verstärkten Klimaschutz mit Einbußen von wirtschaftlicher Wohlfahrt und Arbeitsplätzen und der Einschränkung von Entwicklungspotenzial.

Ökonomische Integrated Assessment Modelle wiesen auch in der Tat in der Regel Wachstumsverluste für eine ambitionierte Klimapolitik aus. Diese Modelle bildeten die wirkliche Welt aber nur unzureichend ab. Sie hätten eine starke makroökonomische Orientierung, unterstellten vollkommen rationales Verhalten im Referenzfall, hätten häufig einen wenig differenzierten technologischer Unterbau und unterschätzen dadurch Minderungsmöglichkeiten und überschätzten deren Kosten. Auch berücksichtigten sie wesentliche (direkte/indirekte) Minderungsoptionen wie z.B. Energie- und Materialeffizienz oder Nachfrageverhalten nur unzureichend.

Alternative Modellansätze, beispielsweise des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung, kämen vor diesem Hintergrund zu der Erkenntnis, dass ambitionierter Klimaschutz durchaus mit einer Erhöhung von BIP und Beschäftigung verbunden sein könne. Zudem seien die Energiewende-Investitionen aus ganzheitlicher (gesamtwirtschaftlicher) Perspektive zu betrachten. Beispielsweise könne laut einer Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung die Energiewende dazu beitragen, die bestehende Investitionslücke in Deutschland zu überwinden, die Deutschland jährlich 0,6 Prozentpunkte potentiellen Wirtschaftswachstums koste.

Auch nur auf die Erneuerbaren bezogen seien mittelfristige wirtschaftliche Vorteile zu erwarten. Zunächst seien Vorleistungen erforderlich, diese würden aber mittelfristig durch die Einsparungen an Brennstoffkosten mehr als ausgeglichen.

Zudem seien nicht die Kosten entscheidend für die Umsetzung der Energiewende, sondern die relative Belastung und die „Zahlungsbereitschaft“ für eine gesellschaftlich gewollte Systemveränderung. Während die aggregierten Letztverbraucher Ausgaben für Elektrizität von 1991 bis 2011 nominal deutlich angestiegen seien, sei die Belastung relativ zum BIP nicht höher als in den 1990er Jahren.

Zudem könnten die Energiekosten durch konsequente Einsparungen stark gesenkt werden. Im Durchschnitt könne jeder Haushalt 2300 kWh pro Jahr sparen, entsprechend einer finanziellen Einsparung von rund 600 Euro.

Darüber hinaus seien die wirtschaftlichen Chancen für die Vorreiterindustrien für die Gesamtbilanz zu berücksichtigen. Die weltweiten Investitionen im Energiesek-

tor würden sich voraussichtlich bis 2050 nahezu verdreifachen. Angesichts ihres starken Marktanteils bei umweltfreundlichen Technologien böten sich damit gute Ausgangsbedingungen für die deutsche Industrie, wenn deren Innovationsvorsprung gehalten werden könne.

Eine ganzheitliche Bewertung von Klimaschutzpfaden erfordere auch eine erweiterte ökonomische Perspektive, die weitere gesellschaftliche Vorteile in den Blick nehme: die Verringerung der Importquote, die hohe Kostenstabilität bei Erneuerbaren Energien und Energieeffizienz (aufgrund ihrer primären Abhängigkeit von Kapitalkosten und unbegrenzter Verfügbarkeit im Vergleich zu fossilen Energieträgern), die Verbesserung der Luftqualität (gerade in hoch belasteten Megacities) und positive Gesundheitseffekte, die geringere Verwundbarkeit durch externe Schocks aufgrund stärkerer Dezentralisierung und Diversifizierung sowie Möglichkeiten regionaler Wertschöpfung und stärkerer Beteiligung vor Ort.

Vortrag Wolfgang Sterk

Wolfgang Sterk stellte in seinem Vortrag verschiedene Fragen zur grundsätzlichen Architektur des internationalen Klimaregimes vor, die in Politik und Literatur kontrovers diskutiert würden. Diese seien die Frage nach den Arten von Verpflichtungen, dem nötigen Grad von Komplexität, dem Sinn oder Unsinn des Multilateralismus und von internationaler Politik generell, und Optionen zum Einfangen von unvorhergesehener Dynamik.

Internationale **Verpflichtungen** könnten prinzipiell ergebnis- oder verhaltensbasiert sein, d.h. entweder regulieren, was Regierungen erreichen sollen, oder regulieren, was sie tun sollen. Die WTO sei ein Beispiel eines verhaltensbasierten Regimes, dass auf die Koordination von Politiken und Maßnahmen abziele. Das Klimaregime sei bisher ergebnisbasiert. Argumente für diesen Ansatz seien seine ökologische Klarheit und die Notwendigkeit der Vergleichbarkeit der Anstrengungen der einzelnen Länder. Auch seien laut den Befürwortern absolute Emissionsziele erforderlich, um Rebound-Effekte zu verhindern. Ein alternativer, Politikenbasierte Ansatz sei in den Kyoto-Verhandlungen versucht worden aber nicht erfolgreich gewesen. Die zukünftigen Aussichten des Ansatzes, neben Emissionszielen auch noch weitere Ziele zu vereinbaren, sei derzeit selbst in der EU unklar. Andere Arten von Verpflichtungen hätten auch generell nicht unbedingt eine höhere Garantie für Ambition und Umsetzung, zentral seien die inländischen politische Verhältnisse.

Der emissionsbasierte Ansatz werde aber von einigen Seiten auch stark kritisiert. So würden Emissionsziele von vielen Regierungen als Entwicklungshindernis gesehen und seien in der Tat risikoreich für Regierungen aufgrund der Unsicherheit über die tatsächliche Reduktionskosten und da wesentliche Emissionstreiber wie die Wirtschafts- und Bevölkerungsentwicklung kaum steuerbar seien. Speziell der Kyoto-Ansatz sei zudem äquivalent dazu, Ländern Geld zuzuweisen, was den Verteilungskonflikt zwischen den Ländern noch weiter verschärfe. Zudem schreibe der Kyoto-Ansatz nicht nur die minimale, sondern auch die maximale Reduktion fest, und deckele damit die Ambition.

In Bezug auf die Frage der **Komplexität** werde von einigen Analystengruppen die Auffassung vertreten, die bisherige Klimapolitik sei sub-komplex. Die Klimaverhandlungen seien effektiv Wirtschaftsverhandlungen, die komplexen Verhandlungen der WTO daher ein deutlich passenderes Vorbild als andere Umweltverträge wie das Montreal-Protokoll. Zudem lieferten vergleichbare Emissionsziele und selbst ein weltweit einheitlicher CO₂-Preis noch lange keine gleichmäßigen Wettbewerbsbedingungen, da es den Ländern frei stehe, sensible Industrien teilweise oder vollständig von Anstrengungen auszunehmen. Das Wettbewerbsproblem könne daher nur über die Koordinierung von Politiken gelöst werden.

Dem gegenüber gebe es aber auch die These, die bisherige Klimapolitik sei im Gegenteil schon überkomplex. Die Proliferation von Themen und Foren sei kaum noch überschaubar und laut einigen Studien sei dies auch ein wesentlicher Grund für die Schwierigkeiten der Konsensfindung, da es nur noch wenig gemeinsame Räume gebe. In Bezug auf die WTO sei festzustellen, dass diese derzeit genauso festgefahren sei wie die Klimaverhandlungen und damit kaum ein positives Vorbild abgebe.

Zur Frage des **Multilateralismus** werde die These vertreten, der universale Ansatz der bisherigen Klimapolitik sei ein zentrales Problem. Hierzu gebe es mehrere Varianten:

- Variante 1: Für die Emissionen seien ohnehin nur die großen Emittenten relevant, im Wesentlichen die G-20; Klimapolitik mit nahezu 200 Staaten zu verhandeln, sei daher ein unnötiger Ballast.
- Variante 2: Sitz und Stimme solle nur haben, wer sich auch ernsthaft verpflichten wolle, so wie es beispielsweise im Montreal-Protokoll der Fall sei. „Schwierige Staaten“ sollten außen vor gelassen werden, zur Not auch große Staaten. Grundlage sei oft eine Sicht, dass die direkten positiven Nutzen von Klimapolitik die negativen Folgen auch ohne globale Koordination überwiegen würden und starke Vorreiter daher schnell die restlichen Staaten zum Nachfolgen animieren würden.
- Variante 3: Anstatt alle Themen im globalen Geleitzug zu verhandeln, sollten themenspezifische multiple Koalitionen gebildet werden.

Die Gegenthese hierzu sei, dass eine breite Beteiligung aller Staaten unabdingbar sei. Das Klima-Problem sei nur mit Beteiligung aller großen Emittenten zu lösen und das Verhandlungsproblem sei genau, dass die G-20-Staaten sich nicht über die Frage des *effort sharing* einigen könnten. Verhandlungen im kleinen Rahmen würden bereits laufen, hätten aber auch nicht mehr Fortschritte gebracht als die UNFCCC-Verhandlungen. Die besonders vom Klimawandel betroffenen Staaten müssten auch mitreden können, weil Klimapolitik nicht nur *mitigation*, sondern auch Anpassung umfasse, und die *mitigation*-Verhandlungen nicht weniger als ihre zukünftige Existenz zum Gegenstand hätten. Zudem hätten sie auch verhandlungsdynamisch eine wesentliche Rolle als „Gewissen“ der Verhandlungen.

Von einigen Analystengruppen werde auch die **Rolle internationaler Politik** insgesamt in Frage gestellt. Die internationale Diplomatie sei immer nur eine Funktion der jeweiligen nationalen Gefechtslage und könne daher keine Entscheidungen treffen, die nicht vorher national vorbereitet worden seien. Die internationale Politik könne daher bestenfalls als Schrittmacher für die nationalen Diskussionen dienen, indem sie die nationale Politik immer wieder dazu zwingt, Rechenschaft über ihr Tun abzulegen.

Dem werde von anderen entgegen gehalten, dass die internationale Klimapolitik durchaus genau diese Rolle erfülle. Zwar habe der Bali-Prozess nicht den ge-

wünschten Vertrag erzielt, er habe jedoch in vielen Ländern eine erhebliche Dynamik in die nationalen Diskussionen gebracht.

Zur Frage der **Dynamik** projizierten zunehmend auch eher grün-ideologisch unverständliche Analystengruppen wie Citigroup oder die Deutsche Bank eine sich rapide selbst beschleunigende Entwicklung beim Ausbau der erneuerbaren Energien. Wenn das neue Abkommen 2020 in Kraft trete, könnte die Welt daher deutlich anders aussehen als zum Zeitpunkt des Abschlusses in 2015. Es sei deshalb umso wichtiger, dass das Abkommen die Ambition nicht deckele, sondern ein *race to the top* ermögliche.

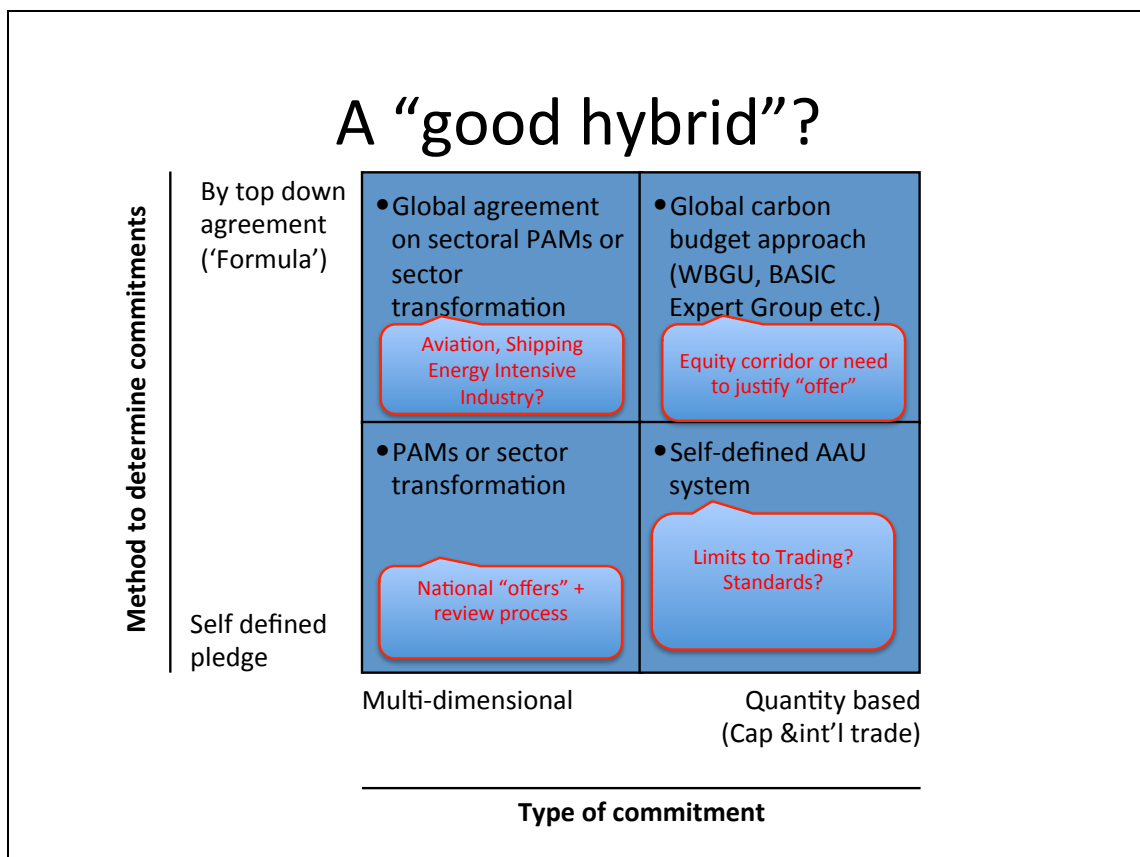
Das Wuppertal Institut halte Emissionsziele daher für wesentlich, diese sollten jedoch auf Regierungsebene nicht handelbar und übertragbar sein, um die Ambition nicht zu deckeln und kontraproduktive Anreize zu minimieren, nur schwache Ziele zu übernehmen. Emissionshandel solle nur auf Ebene von Unternehmen erfolgen. Als Ergänzung zu Emissionszielen seien Verpflichtungen zu ökonomischen Inputs (z.B. Energieeffizienz oder saubere Energie-Technologien) und zu bestimmten Politiken (z.B. Abschaffung fossiler Subventionen) wünschenswert. Hierzu werde es aber vermutlich nicht möglich sein, einen verpflichtenden Katalog von Verpflichtungsarten zu entwickeln, aber vielleicht eine Art Menü wünschenswerter Ergänzungen zu Emissionszielen.

Um langfristige Orientierung für Investitionen zu geben, sollte als Ziel vereinbart werden, die globalen Netto-Emissionen bis 2050 auf Null zu reduzieren. Auch wäre wünschenswert, wenn sich die Regierungen verpflichten würden, nationale Nullemissionsstrategien zu verabschieden, und auch Beiträge nicht-staatlicher Akteure einen Ort in dem neuen Abkommen finden könnten. Zudem sollten progressive Staaten Vorreiter-Initiativen zu spezifischen Themen wie dem Ausbau der erneuerbaren Energien entwickeln.

Vortrag Jörg Haas

Jörg Haas führte in seinem Vortrag aus, dass zwischen Zielen und Allokation unterschieden werden sollte. Eine Reduktion um X Prozent bis zum Jahre X sei ein politisches Ziel, im Kyoto-Protokoll sei daraus jedoch eine Allokation ökonomischer Werte geworden. Diese Allokation stelle Minimum *und* Maximum der Emissionsreduktion bzw. der Emissionen dar. Die Allokation der Emissionsrechte, d.h. der Knappheitsrente, sei gleichbedeutend mit einem Geldschöpfungsprozess. Und da die Allokation von den Ländern selber vorgenommen werde, sei dies gleichbedeutend mit einem Selbstbedienungsmechanismus. Eine ökologisch rücksichtslose Verhandlungsführung werde finanziell belohnt, Ehrgeiz hingegen bestraft. Überallokation sei daher kein *bug*, sondern ein *feature*, das von der Anreizstruktur her angelegt sei. Überschüssige Emissionsrechte würden zu einem finanziellen "asset", das politisch kaum mehr abzuschaffen sei. Es sei zudem sehr reduktionistisch, nur über Tonnen von CO₂ zu verhandeln.

Jörg Haas skizzierte ein Raster möglicher Verpflichtungen entlang der Dimensionen Art der Festlegung (top-down oder bottom-up) und Art der Verpflichtung (mengenbasiert oder mehrdimensional).



Grafik aus Präsentation Jörg Haas

Realistisch erreichbar und in diesem Rahmen wünschenswert wäre seiner Meinung eine Hybridlösung aus:

- Globalen Abkommen für Flug- und Schiffsverkehr sowie eventuell für energieintensive Industrien;
- Nationalen Emissionszielen, die sich an einem international vereinbarten *equity corridor* bemessen sollten;
- Mindeststandards und ggf. Grenzen für Emissionshandelssysteme; und
- Spezifischen Politiken und Maßnahmen, die von Staaten vorgeschlagen und international begutachtet würden.

Prinzipiell gebe es drei mögliche Verpflichtungsarten entlang einer Ursache-Wirkungs-Kette:

- Politiken und Maßnahmen (Standards, Steuern, Erneuerbaren-Einspeisevergütungen, Emissionshandelssysteme etc.), als politischem "Input",
- sektorale Ergebnisse hinsichtlich Einführung von Technologien, Transformation von Sektoren (z.B. Dekarbonisierung der Stromerzeugung, Ausbau der Erneuerbaren, Verminderung von Entwaldung),
- sowie daraus resultierende Ergebnisse hinsichtlich der Reduktion von Emissionen.

Alle drei Dimensionen sollten seiner Meinung nach in dem neuen Abkommen adressiert werden und müssten jeweils miteinander konsistent sein. In welcher dieser drei Dimensionen Zusagen am besten verbindlich sein sollten, sei noch weiter zu diskutieren.

Abschließend führte Jörg Haas aus, dass auch die deutsche Verpflichtung im 2015er Abkommen mehrdimensional diskutiert werden sollte. Das Spektrum möglicher Verpflichtungen reiche von der Verabschiedung eines Klimaschutzgesetzes über die Ziele des Energiekonzepts bis hin zu technologiepolitischen Zielen wie etwa der Entwicklung von Stromspeichertechnologien.

Vortrag Ilka Wagner

Ilka Wagner führte aus, die bisherigen Klimaverhandlungen seien nicht ergebnislos gewesen, aber die Ergebnisse seien auch bei weitem nicht hinreichend. Es würden laufend weltweit Investitionsentscheidungen getroffen, die den Emissionspfad für die nächsten Jahrzehnte festlegten.

Die Frage sei, was das Klimaregime überhaupt leisten solle? Es müsse einen Beitrag leisten zur nötigen Transformation der Volkswirtschaften. Einen Beitrag leisten heiße, die Länder dabei zu unterstützen, Emissionsminderungs- und Anpassungsmaßnahmen durchzuführen und Investitionen in die richtige Richtung umzulenken.

Das Klimaregime müsse auch die Welt von Heute widerspiegeln. Kyoto sei noch vergleichsweise einfach gewesen, da es nur die Industrieländer betraf, heute müssten alle großen Emittenten eingebunden werden.

Erforderlich sei einerseits eine Reduktion der Komplexität, andererseits seien aber die Treibhausgase nicht mehr das einzige Thema, sondern es gehe auch zentral um Anpassung und um Unterstützung ärmerer Länder. Und es stelle sich die Frage, ob es auch für diese Bereiche Verpflichtungen geben solle.

Wesentliche Gesichtspunkte für Paris seien:

- Alle große Emittenten müssten sich auf landesweite Emissionsziele verpflichten, diese könnten aber in der Art zwischen Industrie- und Entwicklungsländern differenziert sein (absolut oder relativ).
- Sektorale Ziele seien eine mögliche Option eine Ebene tiefer.
- Niedrigemissionsstrategien könnten eine wichtige Rolle spielen. Bisher seien sie vor allem in Bezug auf Entwicklungsländer diskutiert worden, das Thema sei aber für die Industrieländer genauso relevant. Mittelfristig sollten sich alle Länder dazu verpflichten, solche Strategien zu verabschieden.
- „Positivziele“ (etwa zum Ausbau der Erneuerbaren oder zur Verbesserung der Energieeffizienz) könnten hilfreich sein, auch kommunikativ. Sie könnten aber nur als Ergänzung von Emissionszielen dienen, nicht als Teil eines Menüs möglicher Verpflichtungen, aus denen Länder sich nach Belieben welche aussuchen könnten. Dies könne sehr schnell beliebig werden und das Thema Emissionsreduktionen könne aus dem Blick geraten.
- Absolute Emissionsziele seien auch für die Vergleichbarkeit zwischen den Ländern wichtig. Bei verschiedenen Arten von Verpflichtungen sei es sehr die Frage, wie diese vergleichbar sein sollten.

Die Vielfalt von Themen in den Verhandlungen mache es Bremsern leicht, zumal viele Länder gar nicht mehr alle Vorgänge überblickten. Dadurch entstehe eine hohe Intransparenz, die kontraproduktiv sei. Um die Komplexität zu reduzieren, müssten die internationalen Klimaverhandlungen in Paris daher relativ schlank sein und sich auf die o.g. Themen konzentrieren. Hilfreich wären auch mehr Treffen von Fach- und Expertengruppen und weniger allgemeine Treffen. Für kurze Verpflichtungsperioden gebe es viele Argumente – es könne aber auch nicht sein, dass nach der Einigung auf eine Periode gleich die nächste verhandelt werden müsse.

Der Streit zwischen den Staaten, ob ein strenges regelbasiertes Kyoto-Modell oder ein Laissez-faire-Ansatz verfolgt werden solle, gehe weiter. Aus Paris benötige man ein Abkommen für alle Staaten, aber dies werde dann nicht unbedingt anspruchsvollem Klimaschutz entsprechen. Eine zentrale Frage sei es daher, ob man Vorreiter-Koalitionen innerhalb des Klimaregimes organisieren könne und wie man Anreize dafür schaffen könne, mehr zu machen.

Vortrag Christoph Bals

Christoph Bals hob einfürend die folgenden Punkte aus dem aktuellen IPCC-Bericht als zentral hervor:

- Die Sicherheit zur Hauptrolle des Menschen im Klimawandel sei nun so groß (95-100%), dass politisches Nicht-Handeln nun mit einem strafbaren ärztlichen Kunstfehler vergleichbar sei.
- Bei einem „Weiter so“ trieben wir den Planeten in diesem Jahrhundert in einen Zustand außerhalb dessen, was es in diesem Erdzeitalter (letzte 10.000 Jahre, Holozän) jemals gegeben habe.
- Nur mit einem Übergang zu einem „transformational change“ sei dies noch zu verhindern.

Aus Sicht jedes einzelnen Landes lohne sich Engagement jedoch nur

- wenn Klimaschutz Win-Win sei, also auch andere starke Nutzen bringe; oder
- alle relevanten Akteure sich in fairer Weise beteiligten; oder
- zumindest eine kritische Masse an Akteuren zusammen komme, um das Ziel zu erreichen.

Die Angst davor, mehr zu tun, speise sich aus Furcht vor negativen Konsequenzen in Bezug auf Zugang zu bezahlbarer Energie und der internationalen Wettbewerbsfähigkeit, sowie davor, für eine „zu ambitionierte“ Politik von den WählerInnen bestraft zu werden.

Die Strategien der Verhinderer hätten sich in den Kyoto-Verhandlungen zentral darum gedreht, die Beteiligung der USA zu blockieren, denn ohne USA seien alle anderen Staaten im (wahrgenommenen) Gefangenendilemma. Dazu seien fünf Narrative aufgebaut worden:

1. Die Klimawissenschaft sei unsicher;
2. Niemand dürfe überstimmt werden, auch die größten Blockierer nicht;
3. Die Schwellenländer seien nicht dabei; dieselben Akteure hätten zunächst die Schwellenländer lobbyiert, sich auf keine Verpflichtungen einzulassen, und anschließend die USA lobbyiert, keinem Vertrag ohne Verpflichtungen der Schwellenländer zuzustimmen;
4. Klimaschutz sei schlecht für die Wettbewerbsfähigkeit (gerade weil die Schwellenländer nicht dabei seien, Argumente 3 und 4 seien zentral gewesen, um parteiübergreifend die US-Ratifizierung von Kyoto zu verhindern);

5. Internationale Vereinbarungen zu bestimmten Politiken und Maßnahmen seien ein Verstoß gegen die nationale Souveränität und wirtschaftlich ineffizient – auch wenn Emissionsziele schwach seien, könnte mit Politiken und Maßnahmen immerhin noch eine gewisse Dynamik erzeugt werden;
6. Klimaschutz stelle den American Way of Life in Frage.

Diese Strategie habe einen schlagenden Erfolg gehabt:

- Der IPCC sei zeitweise in der öffentlichen Debatte in die Defensive gebracht worden; selbst klare Risikoabschätzungen würden als Vorschriften für die Politik verbannt;
- Die UNFCCC-Geschäftsordnung sei bis heute nicht verabschiedet;
- Bis heute seien die Schwellenländer nicht mit eigenen Verpflichtungen dabei;
- In den USA sei die parteiübergreifende Blockade von Kyoto gelungen, Kyoto sei zum Unwort geworden;
- *Policies and Measures* seien im UN-Prozess nach Kyoto kein Thema mehr;
- Heute sei selbst eine wohlmeinende US-Regierung zu einem großen Teil blockiert;
- Der Rest der Welt fühle sich in einem Gefangenendilemma – oder nutze zumindest dieses Argument für unzureichendes Handeln;
- In Kopenhagen sei – trotz massiver Anstrengungen – nicht der Ausbruch aus dem iterativen Gefangenendilemma gelungen;
- Nun beginne auch eine Debatte, dass der European Way of Life nicht in Frage gestellt werden dürfe (Glühbirnen, Veggie-Day).

Ein Ausbruch aus dem (wahrgenommenen) Gefangenendilemma müsse durch einen Dreiklang von Handeln, Verhandeln und Allianzen erreicht werden:

- Handeln: Vorreiter müssten demonstrieren, dass Win-Win tatsächlich funktioniert; zentral sei hierbei ein effektiver CO₂-Preis;
- Verhandeln: Es müsse der Nachweis geführt werden, dass eine kritische Masse von Staaten zusammen gebracht werden könne, bestehend aus Vorreitern, den am meisten verletzlichen Staaten (kleine Inselstaaten und am wenigste entwickelte Länder), und mindestens zwei der „Großen Drei“ USA, China und EU;
- Allianzen: Auch außerhalb der UNFCCC sollte verhandelt werden, zur Schaffung von Allianzen sollte auch die Klimafinanzierung genutzt werden. Wichtig sei auch die öffentliche Kommunikation, WählerInnen sollten stolz auf ihre Regierungen sein können, dass sie Teil solcher Allianzen seien.

Das Thema Gerechtigkeit sei bis Kopenhagen so aufgefasst worden, dass es nur darum gehe, eine Last zu verteilen. Es stünden aber auch noch zwei andere Ebenen zur Debatte:

- Wie werden Risiken aufgeteilt? Die am meisten verwundbaren Staaten hätten klar gemacht, sie stünden nur noch für Allianzen zur Verfügung, wenn entweder bei der nötigen Transformation ernst gemacht werde oder beim Thema *loss and damage*. Diese Nachricht sei jedoch bei der EU noch nicht wirklich angekommen.
- Wie werden die wirtschaftlichen Vorteile aufgeteilt? Zentral seien hier wiederum Vorreiterallianzen und Technologiepartnerschaften.

Das Klimaziel werde nicht mit einem einmaligen „großen Wurf“ erreicht werden. Es sei unsinnig, alljährlich in der Adventszeit sich das Klimaheil von einem Klimagipfel zu erhoffen. Mindestens genauso unsinnig sei aber, deshalb die internationalen Klimagipfel und -verhandlungen für unsinnig zu erklären.

Diskussion mit dem Publikum

Nach den Vorträgen kamen unter anderem die folgenden Kommentare und Rückfragen aus dem Publikum:

Für viele Entwicklungsländer sei nicht die Wahrnehmung eines Gefangenendilemmas das Problem, sondern, dass die meisten dieser Länder nicht erwarteten, dass sie vom Klimaschutz profitieren würden. Die neuen Märkte würden sich im Wesentlichen eine Handvoll Technologieanbieter aufteilen, ein *race to the top* werde das Verteilungsproblem daher nur verschärfen. Dem wurde entgegen gehalten, auch weniger fortgeschrittene Länder könnten profitieren, etwa durch die Reduktion von Brennstoffimporten. Beispielsweise hätten in den letzten Jahren die Länder des sub-saharischen Afrika zeitweise mehr für Ölimporte gezahlt, als sie an Entwicklungshilfe erhalten hätten. Es gebe daher auch in ärmeren Länder Interesse an Energieeffizienz und Erneuerbaren – allerdings teilweise mit dem Petitionum verknüpft, dies nicht in einen Kontext mit Klimapolitik zu stellen.

Auch wurde angemerkt, die Diskussionen konzentrierten sich stark auf Konsistenz und Effizienz, Suffizienz sei hingegen unterbeleuchtet.

Es wurde diskutiert, die Emissionen in Deutschland spiegelten nicht Deutschlands tatsächliche Verantwortung, da ein erheblicher Teil der in Deutschland verbrauchten Güter aus dem Ausland importiert werde. Zu beachten sei jedoch auch, dass die Exportländer hiervon auch wirtschaftlich profitierten, alle Emissionen dem Importeur zuzuschlagen greife daher ebenfalls zu kurz. Von chinesischer Seite werde daher auch nicht auf einen solchen Ansatz gedrängt, da dort die Sorge bestände, ein verbrauchsbasierter Ansatz könne dazu führen, dass die Importeure weniger emissionsintensive Lieferländer bevorzugen könnten. Es wurde daher geschlossen, diese Frage sei politisch kaum aufzulösen, für die Frage nachhaltiger Wirtschafts- und Lebensstile in Deutschland sei dieser Aspekt aber zentral. Ein erheblicher Teil der deutschen Umwelterfolge seien de facto keine echten Minderungen, sondern Verlagerungen.

Überdies wurde die Frage aufgeworfen, ob regionale Verbände nicht sinnvoller wären, als zu versuchen, die globale Ebene zu revitalisieren. Die Diskussion regional statt global sei auch in der Politik sehr stark, es gebe einen Trend zur Re-Nationalisierung, zu sagen, wichtiger sei, was in den einzelnen Ländern passiere. Es sei jedoch nicht sinnvoll, die Ebenen gegeneinander auszuspielen. Vorreiter-Allianzen seien wichtig, diese könnten jedoch auch im UNFCCC-Rahmen eingebettet werden und dadurch dazu beitragen, diesen zu dynamisieren. Es gebe keinen Passus in der Konvention, der vorschreibe, dass immer alle an allem beteiligt sein müssten, sondern im Gegenteil einen Passus, der auch gemeinschaftlichen Handel von Gruppen von Staaten ermögliche.